



Fraktion der  
Christlich-Demokratischen Union  
im Rat  
der Stadt Braunschweig

## Antrag

Öffentlich

Datum

15.11.2010

Nummer

1690/10

Absender

CDU - Fraktion  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

16.11.2010

Betreff

**Gemeinsamer Aufruf zur zukünftigen Endlagerung radioaktiven Abfalls**

Der Rat der Stadt wird gebeten die Vorlage mit der DS-Nr.13812/10 wie folgt zu beschließen:

„Die Stadt Salzgitter, die Stadt Braunschweig, die Landkreise Peine, Goslar, Helmstedt, Wolfenbüttel und der Landkreis Börde nehmen gemeinsam zum Thema Endlagerung wie folgt Stellung:

Die Endlagerung radioaktiven Abfalls ist ein nationales Thema der Bundesrepublik Deutschland und kein regionales. Deshalb muss festgestellt werden, ob nur Niedersachsen geeignete Standorte bietet.

Nur eine qualifizierte und sicherheitsorientierte Standortauswahl entspricht dem internationalen Stand von Wissenschaft und Technik. Gorleben muss zügig und umsichtig zu Ende erkundet werden, um Klarheit zu erhalten. Für den Fall, dass sich der Standort Gorleben als ungeeignet erweisen sollte, sind weitere Standorte bundesweit und ergebnisoffen zu suchen und zu erkunden.

Die Einrichtung und der Betrieb von Endlagern radioaktiven Abfalls sind eine öffentliche Aufgabe. Diese kann aufgrund der Langzeitwirkung über viele Generationen hinweg nur vom Staat verantwortet werden. Der Betrieb muss dauerhaft unter der Aufsicht des Staates erfolgen.“

Begründung:  
erfolgt mündlich

Wolfgang Sehrt  
Fraktionsvorsitzender